

# Von der Staatsverschuldung über die Nachhaltigkeitslücke zum nachhaltigen Finanzsystem

### Lassen sich Generationengerechtigkeit und Haushaltsgrenzen überschreitende Ausgabenpolitik versöhnen?

*Roland Sturm*

Es klingt paradox: Die Bundesregierung verpflichtet sich zur Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, gleichzeitig aber gleicht sie ihre Haushalte, die Ausgaben- und Einnahmenseite, nicht aus, sondern akzeptiert immer mehr Schulden. Damit werden die folgenden Haushalte und Generationen nicht nur durch Schulden, sondern auch den Schuldendienst, also die Zinszahlungen für die jetzige und die frühere Kreditaufnahme belastet. Aktuell stellt das Bundesfinanzministerium fest: „Die Zinsausgabenquote [der Anteil der Zinsausgaben an den öffentlichen Ausgaben, R.S.] steigt im Jahr 2023 auf rund 8,4 Prozent und würde sich damit gegenüber dem Vorjahr (3,2 Prozent) mehr als verdoppeln. Perspektivisch schränken steigende Zinsausgaben die zukünftigen Haushaltsspielräume deutlich ein, was in der Haushaltspolitik weiter zur konsequenten Priorisierung zwingt.“<sup>1</sup>

Der Einzelplan 32 des Bundeshaushalts 2023 sieht Zinsausgaben von 39,8 Milliarden vor<sup>2</sup>. Dieser Milliardenbetrag steht für die Finanzierung staatlicher Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Steigen die Zinsen wächst der Schuldenberg rascher, und er wächst noch mehr, wenn Altschulden nicht abgebaut werden bzw. wenn zusätzliche Schulden (euphemistisch „Sondervermögen“) hinzukommen. Deutschland hat sich verpflichtet, die EU-Kriterien der Staatsverschuldungsgrenzen nach dem Vertrag von Maastricht (1992) einzuhalten. Die jährliche gesamtstaatliche Nettoneuverschuldung sollte drei Prozent des BIP nicht überschreiten, die Staatsschuld weniger als 60 Prozent des BIP betragen. Gerade letzterer Wert wurde im 21. Jahrhundert meist ignoriert. National soll zusätzlich die Schuldenbremse, die nur noch eine geringere Neuverschuldung erlaubt, für Finanzdisziplin sorgen.



**Prof. i. R. Dr. Roland Sturm**

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Institut für Politische Wissenschaft und GWP-Herausgeber